A13 Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Das Labor der Zukunft: Studium und Hochschulen)

Antragsteller*in: LaVo

Antragstext

Thüringen hat eine innovative und vielfältige Wissenschafts- und Hochschullandschaft, ist reich an Geschichte und gut aufgestellt für die Zukunft. Unter grüner Regierungsbeteiligung wurde die Erhöhung der jährlichen Mittelsteigerungen von einem auf vier Prozent vervielfacht. Damit wurde ein Kurswechsel zu einer langfristigen Sicherung einer stabilen Grundfinanzierung der Hochschulen vollzogen und die materiellen Möglichkeitsräume für Forschende sowie Studierende erweitert. Im neuen Hochschulgesetz wurden die demokratischen Strukturen der Hochschulen, die Mitbestimmungsmöglichkeiten und die Autonomie der Hochschulen gestärkt.Hochschulen können dadurch autonom ihr eigenes Profil schärfen sowie den Ansprüchen von guter Lehre und guter Forschung besser gerecht werden. Auch das Studierendenwerk kann dank gestiegener finanzieller Ausstattung seine Aufgaben von Wohnheimen über Mensen bis zu Beratungsangeboten besser erfüllen. Durch die Einführung der Assistent*innenräte haben wir einen wichtigen Schritt gemacht, um gute Arbeitsbedingungen für Hilfskräfte zu erreichen. Diesen Weg werden wir weitergehen.

Grüne Wissenschafts- und Hochschulpolitik heißt, dass Wissenschaft und Forschung in Balance von Freiheit und Verantwortung gestaltet werden. Wir wollen Thüringens Attraktivität für Studierende sowie das Innovationspotenzial der Hochschulen weiter ausbauen. Dafür braucht es insbesondere eine ausreichende Grundfinanzierung der Hochschulen, sichere sowie faire Arbeitsbedingungen, qualitativ hochwertige Studienbedingungen und eine Kultur der Offenheit und Demokratie in allen Institutionen der Forschung und Lehre in Thüringen. Dies sind für uns die Grundlagen einer inspirierenden und innovativen Lehr- und Lernumgebung und dafür, dass exzellente Wissenschaftlicher*innen nach Thüringen kommen (und bleiben), um die Qualität und das Innovationspotenzial von Forschung und Lehre an Thüringens Hochschulen dauerhaft sicherzustellen. Um dies voran zu bringen und Thüringen als Wissenschaftsstandort zukunftsfest zu machen, werden wir uns in der kommenden Legislaturperiode in der Wissenschafts- und Hochschulpolitik vor allem für folgende Themen einsetzen:

Verbesserte Studienbedingungen, Bildungsgerechtigkeit und exzellente Lehre:

Wer die Zukunft erforscht, braucht dafür moderne Rahmenbedingungen. Als wichtiges Bindeglied zwischen klassischem universitärem Studium und Ausbildung sowie zwischen Theorie und Praxis hat sich die Duale Hochschule Gera-Eisenach etabliert. Mit der Aufnahme in die Hochschullandschaft 2016 haben wir nicht nur die Vielfalt der Thüringer Hochschullandschaft vergrößert, sondern auch eine wichtige Brücke zwischen Betrieben und Hochschulen geschlagen. Die Einschreibungszahlen und die Nachfrage der Unternehmen zeigen, dass das Duale Studium ein Modell der Zukunft ist. Es sichert Arbeitsplätze im Land und macht es für junge Menschen attraktiv, nach Thüringen zu kommen und hier zu bleiben. Wir setzen uns für einen Ausbau der Kapazitäten der Dualen Hochschule ein, um der hohen Nachfrage gerecht werden zu können. Gleichzeitig bietet sich die Chance, dass kleine und mittlere Betriebe außerhalb der großen Städte ihre eigenen Fachkräfte ausbilden. Um die Studienplatz- und Studienortwahl

attraktiver zu machen, wollen wir die Mindestausbildungsvergütung erhöhen, damit Bildung nicht am Geld scheitert.

Immer mehr junge Leute entscheiden sich in den unterschiedlichsten Lebenssituationen für ein Studium. Egal welche Motivation, egal welcher Hintergrund: Für gute Bildung die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen, ist unser Ziel. Dabei spielt es für uns keine Rolle, ob es um berufliche oder akademische Bildung geht. Die Übergänge zwischen beiden sind fließender geworden. Für uns sind diese Bildungswege gleichermaßen wertvoll und wichtig. Schon jetzt steht der Zugang zum Studium für beruflich Qualifizierte auch ohne Abitur oder Fachhochschulreife unter bestimmten Bedingungen offen. Wir wollen weitere Hürden, aber auch formelle Anforderungen wie die Note , weiter reduzieren sowie die Durchlässigkeit im Bildungssystem erhöhen und damit individuelle Studien- und Karrierewege eröffnen. Hierbei wollen wir es ermöglichen mit der Fachhochschulreife universitäre Studiengänge zu belegen. Dazu werden wir auch die beratenden und begleitenden Angebote, wie Orientierungsstudiengänge und Einführungskurse, ausbauen. Die Betreuung von Studierenden und Promovierenden soll mit der Weiterentwicklung der Strukturentwicklungspläne verbessert werden. Zum Abbau von Hürden gehört auch, dass allen Absolvent*innen mit Bachelor-Abschluss der Zugang zum Masterstudium offen stehen soll und Studierende an Fachhochschulen leichter promoviert werden können. Hierfür werden wir die Fachhochschulen mit ausreichenden Mitteln ausstatten. Um die Qualität von Studiengängen sicherzustellen, soll der Fokus der Akkreditierung auf der Studienqualität und Chancengerechtigkeit liegen und die Akkreditierung auf eine Systemakkreditierung umgestellt werden, bei der die Qualitätssicherungssysteme der Hochschulen begutachtet werden.

Der Studienzugang, unter alleiniger Berücksichtigung der Note, ist nicht mehr zeitgemäß. Dadurch werden Hochschulzugangsberechtigte benachteilgt, welche beispielsweise aus nichtAkademiker*innenfamilien kommen, über den zweiten Bildungsweg kommen oder zu Schulzeiten nicht ideale Förderbedinungen hatten. Deshalb verzichten viele bereits auf eine Bewerbung, um die begehrten Plätze. Statt über Quotenreglungen muss die Barriere für die Zulassung im generellen Verfahren vereinfacht und gemäß der Eignung der Berwerber*innen ausgestaltet werden. Dafür sollen die Ziel- und Leistungsvereinbarungen der Hochschulen über ein Inovationsbudget ein Anreiz zur Umstellung auf Zulassungsverfahren mit Eigungstest geboten werden. Ab der Rahmenvereinbarung VI sollen die Eignungstest als fester Teil des Leistungsbudgets werden. Zudem unterstützt die Landesregierung die Hochschulen dabei, die Umstellung rechtssicherer Eignungstest zu gestalten.

Gute Rahmenbedingungen des Studierens:

Viele Studierende arbeiten parallel zum Studium, haben Kinder oder andere familiäre Verpflichtungen. Für sie wollen wir die Bewältigung des Studienalltags erleichtern, zum Beispiel durch Vorrang bei der Einschreibung in Lehrveranstaltungen. Teilzeitstudien und berufsbegleitende Studiengänge sollen stärker gefördert werden. Die finanzielle Absicherung ist für viele Studierende ein großes Problem. Bildung darf nicht am Geld scheitern. Wir setzen uns deshalb im Bund dafür ein, dass mehr Studierende, zum Beispiel auch in Teilzeitstudiengängen, Bafög erhalten und davon auch leben können. Wir bestehen darauf, dass es weiterhin keine Studiengebühren gibt und dass auch die Langzeitstudiengebühren abgeschafft werden. Entfallende Mittel sollen den

Hochschulen aus dem Landeshaushalt ausgeglichen werden. Studieren insgesamt, aber auch studienbezogene Auslandsaufenthalte oder Praktika dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Deshalb fordern wird eine Unterstützung studienbezogene Auslandsaufenthalte finanziell schwächerer Studierender durch Landesmittel.Steigende Mieten belasten Studierende zusätzlich. Wir werden die Schaffung von weiterem Wohnraum fördern, sowie die Sanierung des Bestandes vorantreiben. Dabei gilt, das Studierendenwerk als staatliche Einrichtung soll ein Vorbildfunktion einnehmen und strikt nach Kriterien des ökologischen Bauen agieren. Zudem ist es Aufgabe des Studierendenwerks Wohnprojekte und Konzepte, wie "Wohnen für Hilfe", zu unterstützen. Das Studierendenwerk werden wir weiter angemessen finanziell ausstatten und wollen insbesondere die Förderung sozialer Angebote, zum Beispiel Kinderbetreuung oder psychosoziale Beratung, ausbauen. Zur Stärkung studentischer Hilfe und Selbsthilfe wollen wir den Anteil der Studierenden im Verwaltungsrat erweitern. Das Studierendenwerk hat in den letzten Jahren einen Kurs der Nachhaltigkeit hin zu regionalen, fair gehandelten Bio-Produkten eingeschlagen, den wir unterstützen werden. Gleichzeitig soll das tägliche ein veganes Angebot in den Mensen aller Hochschulen vom Studierendenwerk erweitert werden.

Eine Verlässliche Finanzierung der Hochschulen für eine innovative und zukunftssichernde Forschung:

Unsere Hochschulen und dualen Ausbildungsstätten brauchen eine verlässliche Finanzierung, um ihren Erfindungsgeist bestmöglich freizusetzen. Mit der Verbesserung der Grundfinanzierung sind wir einen ersten Schritt gegangen. Der Verstätigung des Hochschulpakts im zukunftsvertrag Studium und Lehre muss - bspw. über mehr Dauerstellen zu einer nachhaltigen Steigerung der Qualität des Studiums führen. Wir wollen keine Fokussierung der Wissenschaft auf Elite-Forschung oder Elite-Hochschulen, deshalb treten wir dafür ein, dass die Exzellenzinitiative sowie das Deutschlandstipendium abgeschafft und diese Gelder für den Globalhaushalt der Hochschulen bereitgestellt werden. Wir werden die Grundfinanzierung und die Investitionsmöglichkeiten der Hochschulen, unter anderem in die Infrastruktur, in Instandhaltung und Renovierung, ausbauen. Die Autonomie der Universitäten und Hochschulen gerade im davor genannten Bereich muss gefördert werden. Drittmittelakquise ersetzt nicht die Verantwortung des Landes für die Finanzierung der Hochschulen, sondern ergänzt diese. Die Richtlinie im Bezug auf soziale und ökologische Verantwortung für die Vergabe privater Fördergelder muss strenger werden und jede private Förderung öffentlich gemacht werden. Drittmittelförderung und Stiftungsprofessuren müssen einem Kontrollmechanismus unterliegen, um Wissenschaftsadäquanz zu gewährleisten und wissenschaftsfeindliche Einflussnahme auf Lehr- und Forschungstätigkeit zu unterbinden. Die Hochschulen müssen sich gemeinsam mit den Fördermittelgebern auf volle Transparenz verpflichten, insbesondere im Hinblick auf Förderzwecke, Mitspracherechte der Geldgeber*innen innerhalb der Hochschulen, Zugänglichkeit der Forschungsergebnisse, Herkunft der Gelder und möglicher NSVergangenheit. Die Landesregierung muss im Rahmen der Rechtsaufsicht Verträge mit Fördermittelgebern auf problematische Vertragsbestandteile, wie der Unterwerfung außereuropäischen Rechts, prüfen und auf öffentliche Zugänglichkeit der Forschungsergebnisse hinwirken. Wettbewerbsorientierte Finanzierungsmodelle müssen auf ihre Wirksamkeit geprüft werden. Das konkurrenzorientierte Einwerben von Drittmitteln darf nicht dazu führen, dass das Schreiben von Forschungsanträgen die Forschung und Lehre selbst zeitlich erheblich

einschränken. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen einer Ökonomisierung der Hochschulen entgegenwirken. Dazu zählen die Abschaffung von Gewinnzielen und die Reduktion des Drittmittelzwangs. Bei der Verhandlung zu Zielvereinbarungen müssen diese insbesondere die Aspekte faire Arbeitsbedingungen, Gleichstellung und soziale wie ökologische Nachhaltigkeit, anstelle von Regelstudienzeit und Erstsemesterzahlen einbeziehen.

Demokratische Hochschulstrukturen:

Wissenschaft und Forschung brauchen Freiheit, um gewagte Forschungsideen zu erproben oder Grenzen der Disziplinen auszuloten. Garant dieser Freiheit sind Autonomie, Selbstverwaltung und demokratische Verfasstheit der Hochschulen. Sie erlauben die demokratische sowie Hierarchiearme Mitgestaltung durch alle Hochschulangehörigen und schützen die Wissenschaft vor unzulässiger Einmischung von außen. Zur Stärkung von Autonomie Demokratie werden wir die paritätische Mitbestimmung auf alle nach ThürHG anerkannten Statusgruppen an den Hochschulen ausweiten, sowie die Abschaffung der Hochschulräte forcieren.Dies kann beispielsweise über Studienkommissionen geschehen, in die Lehrende und Lernende paritätisch eingebunden sind. Wir wollen an den Hochschulen die Möglichkeit studentischer Vizepräsidentschaft ausbauen und ein allgemeinpolitisches Mandat für die verfassten Studierendenschaften ermöglichen. Auch für Promovierende sollen die Vertretungsmöglichkeiten und Selbstverwaltungsstrukturen ausgebaut und etabliert werden. An allen Thüringer Hochschulen haben politische Hochschulgruppen zulässig zu sein. Chancengleichheit und Antidiskriminierungsstrategien sollen an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausgebaut werden. Deshalb muss Barrierefreiheit gegeben sein und auch Mentoringprogramme können hierbei helfen. Wir treten für eine Steigerung des Frauen-, Inter- Nicht-binär und Transanteils in Statusgruppenvertretungen und bei der Neubesetzung von Professor*innenstellen, insbesondere in MINT-Fächern, ein. Zudem gilt es nichtAkademiker*innenkinder besser zu fördern, sei es bei Aufnahme des Studiums, der Reduktion der Studienabrecher*innen oder bei der Durchlässigkeit auf dem Karriereweg in der Wissenschaft. Dazu müssen Land, Studierendenwerk und Hochschulen eng zusammenarbeiten. Über die Ziel- und Leistungsvereinbarungen soll den Hochschulen hierzu ein finanzieller Anreiz geboten werden. Außerdem braucht es einen Aktionsplan des Landes zu Unterstützung der Hochschulen. Unser Ziel ist eine vielfältige, diskriminierungsfreie und couragierte Wissenschaft auf der Grundlage rechtsstaatlicher Werte und in kollegialer, respektvoller wie auch kritischer Kooperation aller Lernenden, Lehrenden und Forschenden.

In diesem Zusammenhang wollen wir das Bildungszentrum der Polizei in Meiningen eigenständig rechtfähig machen und in wesentlichen Teilen an das Wissenschaftsministerium angliedern. Wir setzen uns für verlässliche Regeln zur Anerkennung von Studienleistungen und Abschlüssen Geflüchteter ein. Wir wollen ein Studium für Geflüchtete ermöglichen, die kein Abschlusszeugnis vorweisen können (z.B. weil es im Herkunftsland eingezogen wurde), aber die nötigen Kompetenzen aufweisen. Außerdem wollen wir internationalen Austausch und internationale Kooperationen fördern. Verfolgte Wissenschaftler*innen müssen geschützt werden und Hochschulen ein Ort der Aufklärung bleiben.

Arbeitsbedingungen an Hochschulen dauerhaft verbessern:

Exzellente Forschung basiert auf sicheren, fairen und attraktiven Arbeitsbedingungen. Unseren Hochschulen fehlt es an Perspektiven für den akademischen Nachwuchs. Ursache dafür sind unattraktive Arbeitsbedingungen und der Mangel an Zukunftssicherheit und Planbarkeit. Angesichts von Befristungen, Kurzzeitverträgen mit unsicheren Anschlussfinanzierungen, halben und Viertelstellen mit voller Arbeitsbelastung und geringer Bezahlung entscheiden sich viele junge Menschen stattdessen für eine Tätigkeit in der Wirtschaft. Lösungen für dieses Problem müssen auch bei der Organisation wissenschaftlicher Arbeit gesucht werden. Deshalb unterstützen wir Hochschulen, die kollegiale Departmentstrukturen mit flachen Hierarchien und gemeinsamer demokratischer Verantwortung einführen wollen, bei der Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen in diesem Prozess. Unsichere und prekäre Arbeitsbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs wollen wir reduzieren. Unsichtbare und selbstausbeuterische Arbeit wie das nicht finanzierte Schreiben von Anträgen muss verhindert werden. Unterhalb der Professur soll es mehr Dauerstellen geben. Die Laufzeit von Qualifikationsstellen soll sich an der angestrebten Qualifikation orientieren. Wir setzen uns in Land und Bund dafür ein, unterschiedliche Karrierepfade in die Wissenschaft zu öffnen, die Habilitation zu reformieren und die Juniorprofessur mit Tenure-Track zu stärken. Die Gehaltsstufen von Professuren sollen an das bundesweite Gehaltsniveau angepasst werden, damit Thüringen im Vergleich zu anderen Bundesländern attraktiv bleibt. Lehrbeauftragte und studentische Hilfskräfte müssen ihren tatsächlichen Leistungen entsprechend bezahlt werden. Insgesamt setzen wir uns für verbesserte Arbeitsbedingungen von Hilfskräften – unter anderem durch längere Vertragslaufzeiten und einen höheren Stundenlohn – ein, um wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern und nebenberufliche Beschäftigung an Universitäten für mehr Personen attraktiv zu gestalten. Wir unterstützen, dass sich Hochschulen Kodizes für faire Arbeitsbedingen – angelehnt an den Herrschinger Kodex „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ – geben, die regelmäßig überprüft werden.

Vielfalt und Verantwortung in der Forschung und Digitalisierung:

Gute Rahmenbedingungen des Studierens:

Viele Studierende arbeiten parallel zum Studium, haben Kinder oder andere familiäre Verpflichtungen. Für sie wollen wir die Bewältigung des Studienalltags erleichtern, zum Beispiel durch Vorrang bei der Einschreibung in Lehrveranstaltungen. Teilzeitstudien und berufsbegleitende Studiengänge sollen stärker gefördert werden. Die finanzielle Absicherung ist für viele Studierende ein großes Problem. Bildung darf nicht am Geld scheitern. Wir setzen uns deshalb im Bund dafür ein, dass mehr Studierende, zum Beispiel auch in Teilzeitstudiengängen, Bafög erhalten und davon auch leben können. Wir bestehen darauf, dass es weiterhin keine Studiengebühren gibt und dass auch die Langzeitstudiengebühren abgeschafft werden. Entfallende Mittel sollen den Hochschulen aus dem Landeshaushalt ausgeglichen werden.

Studieren insgesamt, aber auch studienbezogene Auslandsaufenthalte oder Praktika dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Deshalb fordern wird eine Unterstützung studienbezogene Auslandsaufenthalte finanziell schwächerer Studierender durch Landesmittel.

Steigende Mieten belasten Studierende zusätzlich. Wir werden die Schaffung von weiterem Wohnraum fördern, sowie die Sanierung des Bestandes vorantreiben. Dabei

gilt, das Studierendenwerk als staatliche Einrichtung soll ein Vorbildfunktion einnehmen und strikt nach Kriterien des ökologischen Bauen agieren. Zudem ist es Aufgabe des Studierendenwerks Wohnprojekte und Konzepte, wie "Wohnen für Hilfe", zu unterstützen.

Das Studierendenwerk werden wir weiter angemessen finanziell ausstatten und wollen insbesondere die Förderung sozialer Angebote, zum Beispiel Kinderbetreuung oder psychosoziale Beratung, ausbauen. Zur Stärkung studentischer Hilfe und Selbsthilfe wollen wir den Anteil der Studierenden im Verwaltungsrat erweitern.

Das Studierendenwerk hat in den letzten Jahren einen Kurs der Nachhaltigkeit hin zu regionalen, fair gehandelten Bio-Produkten eingeschlagen, den wir unterstützen werden. Gleichzeitig soll das tägliche vegane Angebot in den Mensen aller Hochschulen vom Studierendenwerk erweitert werden.

Eine Verlässliche Finanzierung der Hochschulen für eine innovative und zukunftssichernde Forschung:

Unsere Hochschulen und dualen Ausbildungsstätten brauchen eine verlässliche Finanzierung, um ihren Erfindungsgeist bestmöglich freizusetzen. Mit der Verbesserung der Grundfinanzierung sind wir einen ersten Schritt gegangen. Der Verstätigung des Hochschulpakts im zukunftsvertrag Studium und Lehre muss - bspw. über mehr Dauerstellen zu einer nachhaltigen Steigerung der Qualität des Studiums führen. Wir wollen keine Fokussierung der Wissenschaft auf Elite-Forschung oder Elite-Hochschulen, deshalb treten wir dafür ein, dass die Exzellenzinitiative sowie das Deutschlandstipendium abgeschafft und diese Gelder für den Globalhaushalt der Hochschulen bereitgestellt werden. Wir werden die Grundfinanzierung und die Investitionsmöglichkeiten der Hochschulen, unter anderem in die Infrastruktur, in Instandhaltung und Renovierung, ausbauen. Die Autonomie der Universitäten und Hochschulen gerade im davor genannten Bereich muss gefördert werden. Drittmittelakquise ersetzt nicht die Verantwortung des Landes für die Finanzierung der Hochschulen, sondern ergänzt diese. Die Richtlinie im Bezug auf soziale und ökologische Verantwortung für die Vergabe privater Fördergelder muss strenger werden und jede private Förderung öffentlich gemacht werden. Drittmittelförderung und Stiftungsprofessuren müssen einem Kontrollmechanismus unterliegen, um Wissenschaftsadäquanz zu gewährleisten und wissenschaftsfeindliche Einflussnahme auf Lehr- und Forschungstätigkeit zu unterbinden. Die Hochschulen müssen sich gemeinsam mit den Fördermittelgebern auf volle Transparenz verpflichten, insbesondere im Hinblick auf Förderzwecke, Mitspracherechte der Geldgeber*innen innerhalb der Hochschulen, Zugänglichkeit der Forschungsergebnisse, Herkunft der Gelder und möglicher NS-Vergangenheit. Die Landesregierung muss im Rahmen der Rechtsaufsicht Verträge mit Fördermittelgebern auf problematische Vertragsbestandteile, wie der Unterwerfung außereuropäischen Rechts, prüfen und auf öffentliche Zugänglichkeit der Forschungsergebnisse hinwirken.

Wettbewerbsorientierte Finanzierungsmodelle müssen auf ihre Wirksamkeit geprüft werden. Das konkurrenzorientierte Einwerben von Drittmitteln darf nicht dazu führen, dass das Schreiben von Forschungsanträgen die Forschung und Lehre selbst zeitlich erheblich einschränken.

Wir BÜNDNISGRÜNE wollen einer Ökonomisierung der Hochschulen entgegenwirken. Dazu zählen die Abschaffung von Gewinnzielen und die Reduktion des

Drittmittelzwangs. Bei der Verhandlung zu Zielvereinbarungen müssen diese insbesondere die Aspekte faire Arbeitsbedingungen, Gleichstellung und soziale wie ökologische Nachhaltigkeit, anstelle von Regelstudienzeit und Erstsemesterzahlen einbeziehen.

Demokratische Hochschulstrukturen und Diversität:

Wissenschaft und Forschung brauchen Freiheit, um Forschungsideen zu erproben oder Grenzen der Disziplinen auszuloten. Garant dieser Freiheit sind Autonomie, Selbstverwaltung und demokratische sowie hierarchiearme Verfasstheit der Hochschulen. Sie erlauben die

demokratische Mitgestaltung durch alle Hochschulangehörigen und schützen die Wissenschaft vor unzulässiger Einmischung von außen. Zur Stärkung von Autonomie und Demokratie werden wir die paritätische Mitbestimmung auf alle nach ThürHG anerkannten Statusgruppen an den Hochschulen ausweiten, sowie die Abschaffung der Hochschulräte forcieren. Dies kann beispielsweise über Studienkommissionen geschehen, in die Lehrende und Lernende paritätisch eingebunden sind. Wir wollen an den Hochschulen die Möglichkeit studentischer Vizepräsidentschaft ausbauen und ein allgemeinpolitisches Mandat für die verfassten Studierendenschaften ermöglichen. Auch für Promovierende sollen die Vertretungsmöglichkeiten und Selbstverwaltungsstrukturen ausgebaut und etabliert werden. An allen Thüringer Hochschulen haben politische Hochschulgruppen zulässig zu sein. Chancengleichheit und Antidiskriminierungsstrategien sollen an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausgebaut werden. Deshalb muss Barrierefreiheit gegeben sein und auch Mentoringprogramme können hierbei helfen. Wir treten für eine Steigerung des Frauen-, Inter- Nicht-binär und Transanteils in Statusgruppenvertretungen und bei der Neubesetzung von Professor*innenstellen, insbesondere in MINT-Fächern, ein. Zudem gilt es nicht-Akademiker*innenkinder besser zu fördern, sei es bei Aufnahme des Studiums, der Reduktion der Studienabrecher*innen oder bei der Durchlässigkeit auf dem Karriereweg in der Wissenschaft. Dazu müssen Land, Studierendenwerk und Hochschulen eng zusammenarbeiten. Über die Ziel- und Leistungsvereinbarungen soll den Hochschulen hierzu ein finanzieller Anreiz geboten werden.

Außerdem braucht es einen Aktionsplan des Landes zu Unterstützung der Hochschulen. Unser Ziel ist eine vielfältige, diskriminierungsfreie und couragierte Wissenschaft in kollegialer, respektvoller wie auch kritischer Kooperation aller Lernenden, Lehrenden und Forschenden. In diesem Zusammenhang wollen wir das Bildungszentrum der Polizei in Meiningen eigenständig rechtsfähig machen und in wesentlichen Teilen an das Wissenschaftsministerium angliedern.

Wir setzen uns für verlässliche Regeln zur Anerkennung von Studienleistungen und Abschlüssen Geflüchteter ein. Wir wollen ein Studium für Geflüchtete ermöglichen, die kein Abschlusszeugnis vorweisen können (z.B. weil es im Herkunftsland eingezogen wurde), aber die nötigen Kompetenzen aufweisen. Außerdem wollen wir internationalen Austausch und internationale Kooperationen fördern. Verfolgte Wissenschaftler*innen müssen geschützt werden und Hochschulen ein Ort der Aufklärung bleiben.

Arbeitsbedingungen an Hochschulen dauerhaft verbessern:

Exzellente Forschung basiert auf sicheren, fairen und attraktiven Arbeitsbedingungen. Unseren Hochschulen fehlt es an Perspektiven für den

akademischen Nachwuchs. Ursache dafür sind unattraktive Arbeitsbedingungen und der Mangel an Zukunftssicherheit und Planbarkeit. Angesichts von Befristungen, Kurzzeitverträgen mit unsicheren Anschlussfinanzierungen, halben und Viertelstellen mit voller Arbeitsbelastung und geringer Bezahlung entscheiden sich viele junge Menschen stattdessen für eine Tätigkeit in der Wirtschaft. Lösungen für dieses Problem müssen auch bei der Organisation wissenschaftlicher Arbeit gesucht werden. Deshalb unterstützen wir Hochschulen, die kollegiale Departmentstrukturen mit flachen Hierarchien und gemeinsamer demokratischer Verantwortung einführen wollen, bei der Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen in diesem Prozess. Unsichere und prekäre Arbeitsbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs wollen wir reduzieren. Unsichtbare und selbstausbeuterische Arbeit wie das nicht finanzierte Schreiben von Anträgen muss verhindert werden. Unterhalb der Professur soll es mehr Dauerstellen geben. Die Laufzeit von Qualifikationsstellen soll sich an der angestrebten Qualifikation orientieren. Wir setzen uns in Land und Bund dafür ein, unterschiedliche Karrierepfade in die Wissenschaft zu öffnen, die Habilitation zu reformieren und die

Juniorprofessur mit Tenure-Track zu stärken. Die Gehaltsstufen von Professuren sollen an das bundesweite Gehaltsniveau angepasst werden, damit Thüringen im Vergleich zu anderen Bundesländern attraktiv bleibt.

Lehrbeauftragte und studentische Hilfskräfte müssen ihren tatsächlichen Leistungen entsprechend bezahlt werden. Insgesamt setzen wir uns für verbesserte Arbeitsbedingungen von Hilfskräften – unter anderem durch längere Vertragslaufzeiten und einen höheren Stundenlohn – ein, um wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern und nebenberufliche Beschäftigung an Universitäten für mehr Personen attraktiv zu gestalten. Wir unterstützen, dass sich Hochschulen Kodizes für faire Arbeitsbedingen – angelehnt an den Herrschinger Kodex „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ – geben, die regelmäßig überprüft werden.

Vielfalt und Verantwortung in der Forschung und Digitalisierung:

Forschung dient allen Menschen, der Gesellschaft als Gesamtheit. Wir wollen die Diversität der Forschung stärken und auch die Forschung in sogenannten Orchideenfächern sicherstellen. Zudem müssen mehr ergebnisoffene Forschungsvorhaben möglich sein. Die Erforschung zentraler Zukunftsfragen der Menschheit, zum Beispiel Klimaschutz oder die Bewahrung von Biodiversität, wollen wir besonders fördern. Tierversuche sollen nach dem 3R-Prinzip (Replace = Ersetzen, Reduce = Verringern, Refine = Verbessern) reduziert, ersetzt und langfristig abgeschafft werden. Wir setzen uns für die konsequente Offenlegung aller Ergebnisse aus erfolgreichen und gescheiterten Tierversuchen und -experimenten ein. Die mögliche militärische Nutzung von Forschungsergebnissen wird in der Wissenschaft breit diskutiert. Wir setzen uns für die Verankerung einer Zivilklausel in der Landesverfassung ein. Es darf keinerlei Zusammenarbeit der Hochschulen mit Rüstungsproduzent*innen und dem militärischen Komplex geben in der Landesverfassung ein. Es darf keinerlei Zusammenarbeit der Hochschulen mit Rüstungsproduzent*innen und dem militärischen Komplex geben. Wir wollen Anreize dafür schaffen, dass sich Forschung mit innovativen und gesellschaftlichen Kernfragen, wie der ökologischen Krise oder einer zukunftsfähigenPostwachstumsgesellschaft, auseinandersetzt. Um ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden, müssen Forschungsergebnisse genauso wie die Herkunft und Verwendung von Drittmitteln veröffentlicht werden.

Wir dringen auf ein bildungs- und forschungsfreundliches Urheberrecht in Form von open-access-Publikationen und Citizen- Science, das Lehrenden, Lernenden, Forschenden und der Zivilgesellschaft den Zugang zu Forschung und Wissen erleichtert. Die Investitionen in die Infrastruktur für bspw. Drahtlosnetzwerke, Cloud-Speicher oder Hochleistungsrechner müssen sichergestellt werden können. Digitalisierung erleichtert die Verfügbarkeit sowie die Sichtbarkeit von Wissen und den Wissenstransfer in der Lehre, Forschung und mit der interessierten Zivilgesellschaft. Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, dass hier weiter Ausbaubedarf besteht. Des weiteren wollen wir die Regelstudienzeit pandemiebedingt um mindestens zwei Semester verlängern.

Standortentwicklung - Hochschulen als Teil von lebenswerten Kommunen:

Attraktive Hochschulstandorte ziehen Studierende an und halten diese in Thüringen, wenn sie unter anderem ein notwendiges Umfeld für Ausgründung und der Integration von Absolvent*innen in den Thüringer Arbeitsmarkt schaffen. Dabei leisten die Kommunen mit Hochschulen eine Vorsorgeleistung für das Flächenland und sollten entsprechen Unterstützung erhalten, um diese freiwillige Leistung zu erfüllen. Herausforderungen, wie Akademisierung, Internationalisierung und Digitalisierung erfordern es in die Standorte zu inverstieren, um im bundesweiten Wettbewerb, um Studierende, mitzuhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass die kommunalen Standortentwicklungsstrategien evaluiert werden und als Hochschulstandortentwicklungsprogramm festgeschrieben werden. Dabei sollen geeignete Maßnahmen, gemäß der Strukturentwicklungplanung der Hochschulen, mit den Kommunen entwickelt und von diesen umgesetzt werden. Die Investitionen in die Infrastruktur für bspw. Drahtlosnetzwerke, Cloud-Speicher oder Hochleistungsrechner müssen sichergestellt werden können. Digitalisierung erleichtert die Verfügbarkeit sowie die Sichtbarkeit von Wissen und den Wissenstransfer in der Lehre, Forschung und mit der interessierten Zivilgesellschaft. Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, dass hier weiter Ausbaubedarf besteht. Des Weiteren wollen wir die Regelstudienzeit pandemiebedingt um mindestens zwei Semester verlängern.

Standortentwicklung - Hochschulen als Teil von lebenswerten Kommunen:

Attraktive Hochschulstandorte ziehen Studierende an, und halten diese in Thüringen, wenn sie unter anderem ein notwendiges Umfeld für Ausgründung und der Integration von Absolvent*innen in den Thüringer Arbeitsmarkt schaffen. Dabei leisten die Kommunen mit Hochschulen eine Vorsorgeleistung für das Flächenland und sollten entsprechen Unterstützung erhalten, um diese freiwillige Leistung zu erfüllen. Herausforderungen, wie Akademisierung, Internationalisierung und Digitalisierung erfordern es in die Standorte zu Inverstieren, um im bundesweiten Wettbewerb, um Studierende, mitzuhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass die kommunalen Standortentwicklungsstrategien evaluiert werden und als Hochschulstandortentwicklungsprogramm festgeschrieben werden. Dabei sollen geeignete

Maßnahmen, gemäß der Strukturentwicklungplanung der Hochschulen, mit den Kommunen entwickelt und von diesen umgesetzt werden.